



Formulierungsvorschläge für den AI Act (Version vom 14. Juni 2023)

Ergänzung zum „IU Positionspapier September 2023 - Generative KI: Urheberrechtlicher Status quo & Handlungsempfehlungen“

Die Initiative Urheberrecht unterstützt den Kompromissvorschlag des EU-Parlaments zum AI Act vom 14. Juni 2023 mit großem Nachdruck. Einige Regelungen sollten jedoch noch klargestellt und ergänzt werden:

Transparenzpflichten ausbauen

Die Initiative Urheberrecht begrüßt die Aufnahme von Transparenzpflichten im Art.28 b Abs. 4 AI Act. Dort werden die Anbieter generativer KI-Modelle verpflichtet, eine hinreichend detaillierte Zusammenfassung der Verwendung von urheberrechtlich geschützten Trainingsdaten zu dokumentieren und öffentlich zugänglich zu machen.

Allerdings reicht eine Zusammenfassung der Ausbildungsdaten aus Sicht der Initiative Urheberrecht nicht aus, um zu gewährleisten, dass Urheber:innen und Inhaber:innen sonstiger Leistungsschutzrechte ihre Ansprüche auch durchsetzen können. Dafür ist vielmehr eine umfassende und aktuelle Liste der Inhalte, die von der generativen KI zum Training, zur Eingabe, zur Speicherung oder zu einem anderen Zweck verwendet wurde, erforderlich. Nur so kann eine eindeutige Identifizierung jedes konkreten Inhalts sichergestellt werden. Mit der Verpflichtung der Anbieter „den allgemein anerkannten Stand der Technik und die einschlägigen harmonisierten Normen und Spezifikationen“ zu berücksichtigen, soll die Möglichkeit eröffnet werden, Anbietern etwa die Einbindung der noch in der Entwicklung befindlichen Content-Identifizierer wie etwa nach dem ISCC¹-Standard aufzuerlegen.

KI Training genehmigungspflichtig

Die Initiative Urheberrecht geht davon aus, dass das Training für generative KI nicht unter die Definition des Text und Data Mining i.S.d. § 44b UrhG bzw. Artikel 2 Nr. 2 DSM RL fällt, da die Vervielfältigungen nicht zu dem Zweck vorgenommen werden, Informationen über Muster, Trends, Korrelationen oder Ähnlichem zu gewinnen. Darüber hinaus sieht Art. 7 Abs. 2 DSM RL in Verbindung mit Art. 5 Abs. 5 InfoSoc RL den sogenannten Drei-Stufen-Test vor. Der Drei-Stufen-Test bestimmt auf der zweiten Stufe, dass eine Ausnahme nur geltend gemacht werden kann, wenn die normale Verwertung des Werkes oder des sonstigen Schutzgegenstands nicht beeinträchtigt wird. Auch nach der ständigen Rechtsprechung des EuGH sind die Bestimmungen einer Richtlinie, die von einem in dieser Richtlinie aufgestellten allgemeinen Grundsatz abweichen, eng auszulegen.² Schließlich führt der europäische Gesetzgeber im Erwägungsgrund 6 der DSM RL aus:

1 Information zum ISCC finden sich auf: <https://iscc.codes> /// ISCC hat zZ den Status des "Draft International Standard" ISO/DIS 24138, die Projektseite der ISO: <https://www.iso.org/standard/77899.html>

2 vgl. EuGH, Urteil vom 10. April 2014, C-435/12 ACI Adam BV u.a. vs. Stichting Onderhandeligen Thuskopie vergoeding, Rn. 22.



*Mit den in dieser Richtlinie vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen soll ein angemessener Rechte- und Interessenausgleich zwischen den Urhebern und anderen Rechteinhabern einerseits und den Nutzern andererseits gewahrt werden. Sie können nur in bestimmten Sonderfällen geltend gemacht werden, in denen **die normale Verwertung des Werks oder des sonstigen Schutzgegenstands nicht beeinträchtigt** wird und die berechtigten Interessen des Rechteinhabers nicht ungebührlich verletzt werden.*

Das massenhafte Einverleiben von urheberrechtlich geschützten Werken zu Trainingszwecken im Rahmen von generativer KI führt aber genau dazu. Es beeinträchtigt die normale Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke, auch weil es die Voraussetzung dafür schafft, Urheber:innen in vielen Fällen zu ersetzen, wie etwa die Entlassungswelle bei redaktionellen Medien der Axel Springer SE zeigt.³ Zumindest aber wird die Verwertung des Werkes durch ein kostenloses Konkurrenzangebot erheblich erschwert.

Daraus folgt, dass die Nutzung oder sonstige Verarbeitung von Werken zum Zwecke des Trainings durch generative KI nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung des betreffenden Rechteinhabers zulässig ist. Dies sollte der EU-Gesetzgeber im AI Act klarstellen.

Für den Fall, dass die Gerichte dennoch zu dem Ergebnis kommen, dass es sich beim KI-Training um Text und Data Mining handelt, muss es eine praxistaugliche Opt-Out Möglichkeit für KI-Training geben, die auch über die AGB erklärt werden kann. Deswegen müssen im AI-Act beide juristische Interpretationsmöglichkeiten in Bezug auf Text und Data Mining adressiert und reguliert werden. Darüber hinaus ist für diesen Fall die Einführung einer Vergütungspflicht für KI-Training erforderlich. Ohne entsprechende Regelungen könnte es in absehbarer Zukunft zu einem massiven quantitativen und qualitativen Einbruch der Kreativbranche kommen, mit unabsehbaren Folgen für den demokratischen Meinungsbildungsprozess.

Opt- Out Regelung und Vergütungspflicht

Urheber:innen und Leistungsschutzrechteinhaber:innen dürfen für den Gebrauch dieser Opt-Out Möglichkeit (etwa bei der Auffindbarkeit über andere Onlineplattformen oder Suchmaschinen) nicht diskriminiert werden. Eine solche Regelung ist im Hinblick auf die Monopolstellung der großen Plattform- und Suchmaschinenbetreiber und deren diverse Verflechtungen mit Anbietern von KI- Tools erforderlich.

Generelle Offenlegungspflicht

Schließlich sollte es neben der Offenlegungspflicht für Deep Fakes auch eine generelle Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte geben. Die Nutzer:innen haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, mit was sie es zu tun haben – auch um einem Vertrauensverlust in jegliche Inhalte vorzubeugen. Die Initiative Urheberrecht erhofft sich davon auch einen Wettbewerbsvorteil für Verlage und andere Verwerter, die mit Menschen arbeiten und nicht mit Robotern. Trotzdem müssen Menschen, die schöpferisch tätig sind, künstliche Intelligenz auch nutzen können, um ihre Werke zu optimieren. Aus diesem Grund ist eine Bearbeitung des eigenen Werks mit rein assistierenden KI-Tools

³ <https://www.dw.com/de/ki-wenn-chatbots-journalisten-ersetzen/a-65990503>



nicht kennzeichnungspflichtig. Diese Abgrenzung erscheint auch im Hinblick auf die Arbeit der Verwertungsgesellschaften sinnvoll, da auch sie wissen müssen, ob ein:e Urheber:in- oder Leistungsschutzberechtigte:r Ansprüche gelten machen kann oder ob es sich gar nicht um ein menschliches Werk handelt.

Eine generelle Offenlegungspflicht hilft darüber hinaus, einen „Model Collapse“ bzw. die Heranzüchtung einer „Degenerativen KI“ zu verhindern, die eintreten kann, wenn KI-Systeme mit KI-generierten Inhalten trainiert werden, sich also selbst reproduzieren.

Suggestions for amendments to the AI-Act proposal (EP Version 14.06.2023)

Art. 28b (new)	Amendment
<p>Obligations of the provider of a foundation model</p> <p>[Paragraphs 1-3: no changes]</p> <p>4. Providers of foundation models used in AI systems specifically intended to generate, with varying levels of autonomy, content such as complex text, images, audio, or video (“generative AI”) and providers who specialise a foundation model into a generative AI system, shall in addition</p> <p>a) comply with the transparency obligations outlined in Article 52 (1),</p> <p>b) train, and where applicable, design and develop the foundation model in such a way as to ensure adequate safeguards against the generation of content in breach of Union law in line with the generally-acknowledged state of the art, and without prejudice to fundamental rights, including the freedom of expression,</p> <p>c) without prejudice to Union or national or Union legislation on copyright, document and make publicly available a sufficiently detailed summary of the use of training data protected under copyright law.</p>	<p>Obligations of the provider of a foundation model</p> <p>[Paragraphs 1-3: no changes]</p> <p>4. Providers of foundation models used in AI systems specifically intended to generate, with varying levels of autonomy, content such as complex text, images, audio, or video (“generative AI”) and providers who specialise a foundation model into a generative AI system, shall in addition</p> <p>a) comply with the transparency obligations outlined in Article 52 (1),</p> <p>b) train, and where applicable, design and develop the foundation model in such a way as to ensure adequate safeguards against the generation of content in breach of Union law in line with the generally-acknowledged state of the art, and without prejudice to fundamental rights, including the freedom of expression,</p> <p>c) without prejudice to Union or national or Union legislation on copyright, document and regularly make publicly available a sufficiently detailed summary of the use of training data protected under copyright law complete, comprehensive and up-to-date list of content</p>



	<p>that has been used by generative AI for training, input, storage or any other purpose. This information shall include clear identification of any individual piece of content, such as the exact uniform resource locator (URL), and, where necessary, additional information enabling the identification of that content, including the name of the publisher or other provider of that content concerned. Providers shall take into account the generally accepted state of the art and the relevant harmonized standards and specifications.</p> <p>5. Any use or other processing of works or other subject matter protected by intellectual property rights for training, input, storage or any other purpose by generative AI shall only be permitted under the condition of a prior expressed authorisation of the respective rightholder. As regards text and data mining pursuant to Article 4(3) of Directive (EU) 2019/790 the reservation of use of works and other subject matter by their rightholders can be expressed by the rightholder concerned in any way, including via machine-readable means or in the terms and conditions of their website or service.</p> <p>Generative AI providers shall maintain effective, non bypassable, and non-discriminatory technical means necessary for them to implement the reservation of rights to use works and other subject matter. The reservation of rights shall not result in any disadvantage or discrimination for the rightholder.</p> <p>6. Providers of generative AI must ensure fair and appropriate remuneration for any use or other processing of works and other subject matter for training, input, storage or any other purpose to their respective rightholders. Rightholders may not waive their right to remuneration.</p>
--	--



	<p>7. Any use or other processing of works or other subject matter published within the Union for training, input, or any other purpose shall be deemed to have been made within the Union.</p>
<p>Art. 52</p>	<p>Amendment</p>
<p>Transparency obligations for certain AI systems [Paragraphs 1-2: no changes]</p> <p>3. Users of an AI system that generates or manipulates text, audio or visual content that would falsely appear to be authentic or truthful and which features depictions of people appearing to say or do things they did not say or do, without their consent ('deep fake'), shall disclose in an appropriate, timely, clear and visible manner that the content has been artificially generated or manipulated, as well as, whenever possible, the name of the natural or legal person that generated or manipulated it. Disclosure shall mean labelling the content in a way that informs that the content is inauthentic and that is clearly visible for the recipient of that content. To label the content, users shall take into account the generally acknowledged state of the art and relevant harmonised standards and specifications.</p>	<p>Transparency obligations for certain AI systems [Paragraphs 1-2: no changes]</p> <p>3. Users of an AI system that generates or manipulates text, audio or visual content that would falsely appear to be authentic or truthful and which features depictions of people appearing to say or do things they did not say or do, without their consent ('deep fake'), shall disclose in an appropriate, timely, clear and visible manner that the content has been artificially generated or manipulated, as well as, whenever possible, the name of the natural or legal person that generated or manipulated it. Disclosure shall mean labelling the content in a way that informs that the content is inauthentic and that is clearly visible for the recipient of that content. To label the content, users shall take into account the generally acknowledged state of the art and relevant harmonised standards and specifications.</p> <p>AI generated text, audio, or visual output must disclose in a reasonable, timely, clear, and visible manner that the content was artificially generated. Disclosure shall mean labelling the content in a way that informs that the content was generated by AI and that is clearly visible to the recipient of that content. To label the content, users shall take into account the generally acknowledged state of the art and relevant harmonized standards and specifications. AI supported editing of human</p>



<p>3a. Paragraph 3 shall not apply where the use of an AI system that generates or manipulates text, audio or visual content is authorized by law or if it is necessary for the exercise of the right to freedom of expression and the right to freedom of the arts and sciences guaranteed in the Charter of Fundamental Rights of the EU, and subject to appropriate safeguards for the rights and freedoms of third parties. Where the content forms part of an evidently creative, satirical, artistic or fictional cinematographic, video games visuals and analogous work or programme, transparency obligations set out in paragraph 3 are limited to disclosing of the existence of such generated or manipulated content in an appropriate clear and visible manner that does not hamper the display of the work and disclosing the applicable copyrights, where relevant. It shall also not prevent law enforcement authorities from using AI systems intended to detect deep fakes and prevent, investigate and prosecute criminal offences linked with their use.</p>	<p>works and other subject matter are not subject to disclosure requirements.</p> <p>3a. The disclosure obligation according to paragraph 3 does not apply if a law explicitly provides for it or if the exercise of freedom of expression, artistic freedom or scientific freedom from the Charter of Fundamental Rights of the EU makes the absence of disclosure necessary. Where the content forms only a minor part of an evidently creative, satirical, artistic or fictional cinematographic, video games visuals, musical or analogous work or programme, transparency obligations set out in paragraph 3 are limited to disclosing of the existence of such generated or manipulated content in an appropriate clear and visible manner that does not hamper the display of the work and disclosing the applicable copyrights, where relevant. It shall also not prevent law enforcement authorities from using AI systems intended to detect deep fakes and prevent, investigate and prosecute criminal offences linked with their use.</p>
---	---

Berlin, 19.9.2023

Rückfragen gerne an: **Hanna Möllers, Justitiarin und stellvertr. Geschäftsführerin DJV** moe@djv.de

Initiative Urheberrecht

Markgrafendamm 24, Haus 18 | 10245 Berlin

0160 9095 4016 | www.urheber.info

Katharina Uppenbrink, Geschäftsführerin, Initiative Urheberrecht

katharina.uppenbrink@urheber.info

Matthias Hornschuh, Komponist & Sprecher der Kreativen in der Initiative Urheberrecht

matthias.hornschuh@urheber.info